

«Es kann jede und jeden treffen»

Wer finanzielle Schwierigkeiten hat und eine Beratung wünscht, findet sie seit 25 Jahren im Büro von Impuls Seebezirk in Murten. Es gibt viele Probleme, die Menschen zu einem solchen Schritt bewegen. Und es gibt viele, die ihre Probleme so lösen können.

Etelka Müller

MURTEN Impuls Seebezirk bietet seit 25 Jahren Beratungen für Menschen in finanzieller Schieflage an. Es waren die Reformierte Kirchgemeinde Murten unter Helene Brechbühl und die katholische Pfarrei Murten mit Charles Albert Egger, die sich aufgrund der Wirtschaftskrise Anfang der 90er-Jahre dafür einsetzten, dass Arbeitslose eine Beratungsstelle erhalten. Die Gründung des Vereins Impuls Seebezirk erfolgte am 31. Mai 1995.

Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, dass Impuls eine zeitlich befristete Zwischenlösung darstellt, berichtet Jacques Moser, der heutige Präsident des Vereins. Das habe ihm das Gründungsmitglied Charles Albert Egger erzählt. Das Bedürfnis nach Beratung sei zu Beginn der 90er-Jahre wegen der damaligen Krise auf dem Arbeitsmarkt unbestritten gewesen. Inzwischen ist Impuls nicht mehr wegzudenken und neben den staatlichen Stellen fester Bestandteil des sozialen Netzes. Rund 150 Beratungen konnte die Stelle laut Moser 2019 verzeichnen.

Frühzeitig Hilfe suchen

«Impuls füllt eine Lücke», erklärt Marianne Gehrig, Stellenleiterin und Beraterin von Impuls. «Staatliche Stellen helfen erst ab einem gewissen Punkt.» Impuls könne frühzeitig Beratung anbieten. Ziel sei Hilfe zur Selbsthilfe, betont Gehrig. «Es ist schon vorgekommen, dass jemand dank unserer Beratung keine Sozialhilfe beantragen musste.» Deshalb sei es enorm wichtig, dass sich Menschen mit einem Problem frühzeitig melden: «Viele warten zu lange. Wenn zum Beispiel ein Tierarzt oder auch ein Möbelgeschäft das Inkasso einschaltet, weil die Rechnungen nicht beglichen sind, kommen oft hohe Zusatzkosten auf die Leute zu. Das kann ein grosses Problem sein.» Marianne Gehrig sucht in solchen Fällen nach Lösungen mit den Unternehmen und vermittelt. Der Strauss an Problemen sei bunt, sagt die Beraterin, «einmal kam jemand mit Plastiksäcken voll ungeöffneter Post zu mir». Oft sei schlicht



Jacques Moser, Präsident des Vereins Impuls Seebezirk, die Hündin Zazou und Marianne Gehrig, Stellenleiterin von Impuls. Bild Corinne Aeberhard

«Einmal kam jemand mit Plastiksäcken voll ungeöffneter Post zu mir.»

Marianne Gehrig
Stellenleiterin Impuls Seebezirk

auch das Administrative eine zu grosse Hürde. «Oder eine Verkehrsbusse bringt jemand in eine finanzielle Schieflage.» Manchmal komme auch jemand wegen eines konkreten Problems, und dann zeige sich, «dass es noch viele weitere Baustellen gibt».

Hündin Zazou hilft auch mit

Marianne Gehrig hat neben ihrer Arbeitskollegin Nathalie Seilaz weitere Unterstützung für ihre Aufgabe in der Beratungsstelle in der Murter Altstadt: Die hübsche Mischlingshündin Zazou liegt in ihrem Körbchen und schaut zufrieden in die Runde. «Viele freuen sich über den Hund, manchmal setzt er sich auch neben eine Klientin oder einen Klienten.» Zazou spüre viel. «Es sind manchmal traurige Schicksale.» Auch sei die Hündin dank den Spaziergängen mittags und abends ein wenig ihre eigene Psychologin, erzählt Gehrig. Es sei nicht immer einfach, «die Situation der ratsuchenden Klienten zu verda-

uen». Leute, die überreagieren, gebe es zum Glück nur selten.

«Es kann jede und jeden treffen», betont Gehrig. «Eine Trennung, ein Todesfall oder eine Krankheit – viele Schicksale können Menschen aus der Bahn werfen.» Wenn zum Beispiel ein Ehemann stirbt, «der sich vorher um alles Administrative kümmerte, ist die Ehefrau mit der ganzen Situation oft überfordert». Oder es ereignet sich ein Arbeitsunfall, «und dann hören die Zahlungen der Taggeldversicherung plötzlich auf». Bis die Invalideversicherung auf den Plan trete, dauere es oft lange. So sei es auch mit den Ergänzungsleistungen, «das dauert oft ein halbes Jahr». Die Zeit finanziell zu überbrücken, könne ein Problem darstellen, «in Ausnahmefällen bieten wir begrenzte finanzielle Überbrückungshilfe an.» Rechtshilfe anzubieten, sei nicht möglich: «Wir vermitteln aber Rechtsanwälte, die sozial eingestellt sind.» Denn einen Antrag auf unentgeltliche Rechtshilfe können die

Klienten erst stellen, wenn es zu einem Verfahren vor einer Behörde oder zu einer Gerichtsverhandlung kommt.

Dossiers sind anonymisiert

Bei den Klientinnen und Klienten handle es sich zunehmend öfter um Menschen zwischen 45 und 65 Jahren, sagt Gehrig. Es gebe aber auch Leute zwischen 25 und 45, die Hilfe suchten. «Bis 25 sind es eher wenige.» Über die Hälfte seien Schweizerinnen und Schweizer, bei knapp der Hälfte der Klienten handle es sich um Menschen mit Migrationshintergrund. «Manchmal sprechen sie nur gebrochen Deutsch.» Um Abklärungen zu treffen, braucht Gehrig Vollmachten. «Es handelt sich um höchst persönliche Daten», betont Moser. «Die Dossiers werden komplett anonymisiert.»

Auch Angestellte aus Gemüsebetrieben des Seebezirks suchen die Beratungsstelle auf: «Sie rufen zum Beispiel an und fragen, ob sie vorbeikommen können, weil sie einen Brief er-

halten haben, den sie nicht verstehen», sagt Gehrig. Oder jemand kommt, weil er oder sie auf der Lohnabrechnung zwar einen Abzug für die berufliche Vorsorge (BVG), aber keinen BVG-Ausweis erhalten hat. «Oft ist die Administration für kleine Betriebe eine Herausforderung.» Auch biete Impuls neben den Budgetberatungen Stellensuchenden Hilfe beim Verfassen ihres Lebenslaufs an, «wir arbeiten eng mit dem RAV zusammen».

Finanzielle Engpässe

Um die Hilfe weiterhin anbieten zu können, braucht Impuls Geld. Denn die fallbezogenen Beratungen kosten nur 50 Franken für drei Stunden Arbeit, der Ansatz für jede weitere Stunde beträgt 10 Franken. «Das verlangen wir, wenn jemand bezahlen kann», sagt die Stellenleiterin. Damit komme aber nicht genug Geld zusammen, um die Stelle zu führen, erklärt Jacques Moser. Das Budget von Impuls belaufe sich auf rund 125'000 Franken. «Den grössten Teil erhalten wir von der Loterie Romande und vom kantonalen Sozialamt Freiburg.» Auch die Gemeinden Murten, Gurmels und Courtepin steuern laut Moser mit einem bestimmten Betrag pro Einwohner einen wertvollen Teil bei, damit Impuls funktioniert. Zudem gebe es die katholische und die reformierte Kirche sowie Stiftungen, die Impuls unterstützten, «bei Stiftungen ist aber oft das Problem, dass sie nur projektbezogenes Geld sprechen können». Es gebe finanzielle Engpässe bei Impuls, betont Moser, «wir haben deshalb eine Patenschaft-Spende angedacht und entwickeln ein Konzept. Wir sind froh um jede finanzielle Unterstützung.»

Ein Erfolg sei für sie, «wenn die Menschen wieder richtig atmen können», sagt Gehrig. Es gebe viele Erfolgsgeschichten, «oft geht es auch darum, die Leute zu ermuntern, das kann schon viel helfen». Am schönsten sei, «wenn sich die Menschen nicht mehr schämen, ihre Finanzen in den Griff bekommen oder eine neue Stelle finden und ihren Weg autonom gehen können».

Zwei Jugendliche zünden Lagerraum an

VILLARS-SUR-GLANE Am Dienstag gegen 19.15 Uhr brannte es im Untergeschoss eines Einkaufszentrums im Quartier Les Dailles in Villars-sur-Glâne. Die Bewohnerinnen und Bewohner aus den Wohnungen über dem Einkaufszentrum wurden vorsichtshalber evakuiert, wie die Freiburger Kantonspolizei mitteilt; sie konnten später wieder in ihre Wohnungen zurückkehren. Die Route de Bugnon war während rund zwei Stunden gesperrt. Die Feuerwehr konnte den Brand rasch löschen. Das Feuer zerstörte einen Lagerraum; der Rauch schwärzte die Mauern des Korridors. Die Polizei hielt zwei tatverdächtige Jugendliche an. Die 15- und 16-Jährigen sind geständig. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. *njb*

Pensionskasse des Staatspersonals überprüft Nachhaltigkeitsstandards

Der Staatsrat kann die Anlagen der Pensionskasse des Staatspersonals nicht beeinflussen, aber der Kassenvorstand will die Nachhaltigkeit verbessern.

FREIBURG Die Pensionskasse des Freiburger Staatspersonals soll ihre Anlagen nachhaltiger und insbesondere klimafreundlicher machen. Dazu sollen das Anlagereglement geändert, die Strategie präzisiert und allgemein die Anlagen transparenter kommuniziert werden. Dies forderten die Grossräte Christa Mutter (Grüne, Freiburg) und Ralph Alexander Schmid (GLP, Lugnorre) in einem Postulat von letztem Jahr. Insbesondere müssten

die Anlagen der Kasse die Ziele des Pariser Klimaabkommens respektieren. Die beiden Grossräte weisen in ihrem Vorstoss auch darauf hin, dass Klimawandel-Investments mindestens ebenso rentabel wie herkömmliche seien.

«Postulat falsches Werkzeug»

In seiner Antwort schreibt der Staatsrat, die Forderung der beiden Grossräte gehe über die Möglichkeiten eines Postulats hinaus, das ja einen Bericht verlangt. So dürfte das Postulat nicht als erheblich erklärt werden. Er empfiehlt dem Grossen Rat deshalb, es abzulehnen.

Auch sei der Staatsrat gar nicht befugt, dem Vorstand der Pensionskasse in irgendeiner

Art Anweisungen zur Anlagestrategie zu geben. Der Vorstand agiere politisch unabhängig und trage die Verantwortung für das finanzielle Gleichgewicht.

Der Staatsrat weist auch darauf hin, dass der Staat als Arbeitgeber mit sechs Personen im Vorstand der Pensionskasse vertreten ist, genauso wie die Arbeitnehmer.

Die Nachhaltigkeit in der Finanzanlagestrategie sei aber für den Pensionskassen-Vorstand schon seit Jahren ein wichtiges Thema. Wie der Staatsrat schreibt, habe der Vorstand seinen eigenen Nachhaltigkeitsbegriff anhand einer Liste von ethischen Prinzipien definiert. So seien Anlagen etwa im Rüstungsbereich,

in der Kernenergie, der Herstellung von Zigaretten, im Glücksspiel oder in der Pornografie ausgeschlossen.

Frager der Klima- und Energiewende würden aber nur über die Kernenergie angegangen, schreibt der Staatsrat. Der Vorstand wolle nun seine Überlegungen etwa bezüglich CO₂-Emissionen weiterführen und prüfen, inwiefern die Kriterien für oder gegen Investitionen zu verschärfen sind.

Zudem habe der Pensionskassen-Vorstand parallel dazu zwei wichtige Massnahmen beschlossen. Er wolle eine erneute Analyse der gegenwärtigen Investments durchführen und zwei Fonds der Schweizerischen Stiftung für nachhaltige Entwicklung beitreten. *uh*

Bauernhaus brennt nieder

RECHTHALTEN Am Dienstagabend brannte in Rechthalten ein Bauernhaus bereits lichterloh, als die Kantonspolizei gegen 21.30 Uhr alarmiert wurde. Die Feuerwehr konnte verhindern, dass das Feuer auf die Scheune des Nachbargebäudes übergriff. Verletzt wurde niemand: Die Eigentümer des Bauernhauses, ein 75-jähriger Mann und eine 77-jährige Frau, hatten Zuflucht bei den Nachbarn gefunden; sie standen aber unter Schock. Ihr Haus, dessen Stall nicht mehr für das Vieh genutzt wurde, wurde durch den Brand vollständig verwüstet und zerstört, wie die Kantonspolizei in einer Medienmitteilung schreibt. Die Zufahrtsstrasse zum Bauernhof wurde für den Verkehr gesperrt. Die Brandursache ist unklar; eine Untersuchung ist im Gange. *njb*